

## 429149-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Generalplanungsleistungen zum Projekt Nr. 1.3 Erwachsenenpsychiatrie Neubau  
OJ S 138/2024 17/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung  
Dienstleistungen

### 1. Beschaffer

---

#### 1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH

E-Mail: [a.schoenleiter@asklepios.com](mailto:a.schoenleiter@asklepios.com)

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

### 2. Verfahren

---

#### 2.1. Verfahren

Titel: Generalplanungsleistungen zum Projekt Nr. 1.3 Erwachsenenpsychiatrie Neubau

Beschreibung: Gegenstand der Ausschreibung sind Generalplanungsleistungen für den Standort Marburg für das Projekt: Nr. 1.3 "Neubau Erwachsenenpsychiatrie". Einzelne Teilleistungen der Gebäudeplanung für das Bauvorhaben gemäß den HOAI-Leistungsphasen 1 und 2 sind bereits erbracht worden. Benötigt werden darauf aufbauende Leistungen, die sich grob an den HOAI-Leistungsphasen 3 bis 9 (Gebäudeplanung) bzw. 1 bis 9 (sonstige Planung) orientieren, aber im Einzelnen konkret beschrieben sind.

Kennung des Verfahrens: 13c3808c-ec1b-4951-8c1d-e7498d9e16ba

Interne Kennung: 2024-B-1.3-ZV-001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

##### 2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

##### 2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, Standort Marburg

Baldingerstraße

Stadt: Marburg

Postleitzahl: 35043

Land, Gliederung (NUTS): Marburg-Biedenkopf (DE724)

Land: Deutschland

##### 2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXVHYDPY1Q8Q44BH Teile der

Vergabeunterlagen sind vertraulich und werden gegen Abgabe einer Erklärung nach Vordruck

01c (Verpflichtung zur Vertraulichkeit) übersendet. Die Erklärung kann per einfacher Biernachricht eingereicht werden. Ziff. 9. des Anschreibens (Einzureichende Unterlagen) 9.1 Teilnahmeantrag Nr. Unterlage 1 Vordruck 01a Teilnahmeantrag 2 Vordruck 01c Verpflichtung zur Vertraulichkeit (kann vorab eingereicht werden) 3 Vordruck 03 Eigenerklärung zur Eignung 4 Vordruck 04 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen 5 Vordruck 04a Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn 6 Vordruck 04b Eigenerklärung zum Russland-Bezug (EU-Sanktionen) 7 Vordruck 06 Verantwortlicher Ansprechpartner 8 CVs für vorgesehenen Projektleiter und dessen Stellvertretung Zusätzlich bei Bietergemeinschaften 1 Vordruck 02 Bietergemeinschaftserklärung 2 Vordruck 04 Eigenerklärung zu Ausschlussgründen (für jedes Mitglied) 3 Vordruck 04a Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn (für jedes Mitglied) 4 Vordruck 04b Eigenerklärung zum Russland-Bezug (EU-Sanktionen) (für jedes Mitglied, soweit nicht in Erklärung des Bieters erfasst) Zusätzlich beim Einsatz von Nachunternehmern 1 Vordruck 05 Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe 2 Vordruck 05a Verpflichtungserklärung (für jeden Unterauftragnehmer / Eignungsleiher) 3 Vordruck 04 Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (für jeden Nachunternehmer / Eignungsleiher) 4 Vordruck 04a Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn (für jeden Nachunternehmer / Eignungsleiher) 9.2 Angebot (erst nach Angebotsaufforderung) Nr. Unterlage 1 Vordruck 01b Angebot 2 Vordruck 07 Preisblatt 3 Vordruck 08 Konzept Projektorganisation und -umsetzung 4 CVs der für das Projekt vorgesehenen Personen 5 Projektorganigramm

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

**2.1.6. Ausschlussgründe**

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:

Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB  
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

## 5. Los

---

### 5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalplanungsleistungen zum Projekt Nr. 1.3 Erwachsenenpsychiatrie Neubau  
Beschreibung: Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie für Erwachsene (EPS) als Bestandteil des Zentrums für psychische Gesundheit am Universitätsklinikum Marburg soll in einen Neubau mit allen Stationsbereichen, den notwendigen stationsnahen Funktionen sowie den Bereichen für Forschung und Lehre auf dem Areal des Universitätsklinikums auf den Lahnbergen in direkter Anbindung an den Komplex der Bestandsgebäude integriert werden. Im Neubau sollen auf insgesamt ca. 18.268 m<sup>2</sup> Bruttogeschossfläche 108 stationäre Betten (zzgl. 24 Betten Reserve) abgebildet werden, von denen 80 Betten in offenen und 28 Betten in geschützten Stationen aufgestellt sind. Neben einem Ambulanzbereich werden auch Diagnostik- und Therapiebereich (inkl. MRT) sowie eine Tagesklinik mit 20 Plätzen angeordnet. Die Finanzierung des Projekts erfolgt teilweise aus Fördermitteln des Landes Hessen, die an zeitliche Vorgaben zur Umsetzung gebunden sind. Die Gesamtfertigstellung der Baumaßnahme muss spätestens im Jahr 2028 erfolgen. An eine zügige Ausführung, Fertigstellung und termingerechte mangelfreie Inbetriebnahme werden daher besonders hohe Ansprüche gestellt.

Interne Kennung: 2024-B-1.3-ZV-001

#### 5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

#### Optionen:

Beschreibung der Optionen: Siehe Ziff. 3.3 des Generalplanervertrags: 1) Option BIM: Der Auftraggeber kann den Einsatz der als "Building Information Modeling" (kurz: BIM; deutsch: Bauwerksdatenmodellierung) bezeichneten Arbeitsmethode vorschreiben. Die für die Anwendung des BIM vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungsbestandteile sind in der Leistungsbeschreibung farblich blau ausgewiesen. 2) Option zusätzliches Obergeschoss

(Ebene 03): Der Auftraggeber kann ein zusätzliches Obergeschoss (Ebene 03) vorschreiben, das allgemeine Verwaltungsflächen der Uniklinik sowie eine weitere Bettenstation der Somatik beinhaltet. Die für diese Option vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen sind in der Leistungsbeschreibung erläutert als - "Var. 1: exkl. Ebene 03": Reguläre Leistungen ohne Ausübung der Option - "Var. 2: inkl. Ebene 03": Optionale Leistungen bei Ausübung der Option

#### **5.1.2. Erfüllungsort**

Postanschrift: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH, Standort Marburg  
Baldingerstraße  
Stadt: Marburg  
Postleitzahl: 35043  
Land, Gliederung (NUTS): Marburg-Biedenkopf (DE724)  
Land: Deutschland

#### **5.1.4. Verlängerung**

Maximale Verlängerungen: 0

#### **5.1.6. Allgemeine Informationen**

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance# Die Ausführung des Vertrags setzt voraus, dass der Auftragnehmer eine Versicherung nach Maßgabe der Eignungskriterien abgeschlossen hat und den Versicherungsschutz für die gesamte Laufzeit des Vertrags zuzüglich Gewährleistungsphasen aufrechterhalten wird.

#### **5.1.7. Strategische Auftragsvergabe**

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

#### **5.1.9. Eignungskriterien**

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ziff. 6.2 des Anschreibens: 6.2.1 Umsatz Erklärung über (1.) den Gesamtumsatz und (2.) den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags, jeweils für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Generalplanung für den Umbau, die Sanierung und/oder Erweiterung von Krankenhäusern, Kliniken oder Gesundheitseinrichtungen Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Vordruck 03 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Bewerbungsgemeinschaften werden wie Einzelbewerber behandelt und deren Werte addiert. § 50 VgV bleibt unberührt. Mindestanforderungen: Netto EUR 1 Mio. Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in jedem der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

6.2.2 Versicherungsschutz Bestehende (Berufs-) Haftpflichtversicherung des Bewerbers oder die Erklärung, dass im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird,- in beiden Fällen verbunden mit der Zusage des Bewerbers, dass der Versicherungsschutz im Zuschlagsfall für die gesamte Vertragszeit zuzüglich Gewährleistungsphasen aufrechterhalten wird. Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. Für Bewerbungsgemeinschaften muss die Erklärung die gesamte Tätigkeit der Bewerbungsgemeinschaft für den Auftraggeber umfassen; eine Versicherung oder Erklärung allein für das federführende Mitglied genügt

nicht. Mindestanforderungen: Versicherungsschutz mit mindestens folgenden Kriterien und Mindestdeckungssummen: - Personenschäden: 3,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr) - Sachschäden: 3,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr) - Sonstige Schäden: 3,0 Mio. EUR (2-fach maximiert pro Jahr)

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Sonstiges

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ortsbesichtigungen sind verpflichtend. Es werden nur Angebote von Bietern zugelassen, die vor Angebotsabgabe an einer Ortsbesichtigung teilgenommen haben. Die Ortsbesichtigung findet nach dem Abschluss des Teilnahmewettbewerbs im Rahmen der Frist zur Abgabe der Erstangebote statt. Näheres regelt Ziff. 12 ABB

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ziff. 6.1 des Anschreibens: Bewerber müssen je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen. Bei Bergwerksgemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied. Der Nachweis kann z.B. als Eintragung auf Vordruck 01a (Teilnahmeantrag) oder Vordruck 03 (Eigenerklärung zur Eignung), alternativ als Scan oder Auszug einer Originalurkunde vorgelegt werden. Das Abrufdatum vorgelegter Nachweise (z.B. Registerauszüge) darf nicht älter als 12 Monate ab Auftragsbekanntmachung sein. Weitergehende Nachweismöglichkeiten gemäß VgV bleiben unberührt.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ziff. 6.3 des Anschreibens: 6.3.1 Anzahl an Beschäftigten und Führungskräften Erklärung (1.) zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl sowie (2.) zur Zahl der Führungskräfte in den letzten drei Jahren vor der Auftragsbekanntmachung. Es sind nur fest angestellte Mitarbeiter zu berücksichtigen. Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. Bei Bergwerksgemeinschaften ist der Vordruck 03 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen (zur Bewertung werden die Werte addiert). § 50 VgV bleibt unberührt. Mindestanforderungen: Durchschnittlich 10 Personen (Vollzeitäquivalente; Mitarbeiter und Führungskräfte addiert) in jedem der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. 6.3.2 Qualifikation und Erfahrung von Projektleitung und Stellvertretung Benennung der Projektleitung und deren Stellvertretung, jeweils mit Qualifikation und Erfahrungen in vergleichbaren Projekten anhand von Referenzen aus dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. Aufgrund der langen Planungs- und Realisierungszeiträume vergleichbarer Bauvorhaben werden Referenzen aus den letzten 5 Jahren vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung (Referenzzeitraum) berücksichtigt. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Generalplanung für den Neubau von Gesundheitseinrichtungen zur stationären Versorgung und Umbau, die Sanierung und/oder Erweiterung von Krankenhäusern, Kliniken oder Gesundheitseinrichtungen Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. Jede Referenz ist mit Referenzkunde (namentlich bezeichneter Ansprechpartner mit Telefon / E-Mail) sowie Erbringungszeitraum und Erläuterung anzugeben. Anonymisierte Angaben sind unzulässig. Der Auftraggeber behält

sich vor, Referenzen beim Referenzkunden zu überprüfen. § 50 VgV bleibt unberührt.  
Mindestanforderungen: Alle Anforderungen sind jeweils von Projektleiter und Stellvertreter zu erfüllen. - Qualifikation 1: Bauvorlageberechtigung in Hessen - Qualifikation 2: Abgeschlossenes Hochschulstudium in einem für den Auftrag maßgeblichen Fachgebiet - Erfahrung 1: Fünf Jahre Erfahrung im Tätigkeitsbereich des Auftrags - Erfahrung 2: Eine persönliche Referenz mit vergleichbarem Schwierigkeitsgrad im Tätigkeitsbereich des Auftrags, abgeschlossen im Referenzzeitraum oder mindestens in der HOAI-Leistungsphase 8 (oder vergleichbar). 6.3.3 (Büro-) Referenzen Geeignete Referenzen des Unternehmens des Bewerbers (Büro- /Unternehmensreferenzen) über früher ausgeführte Aufträge im Tätigkeitsbereich des Auftrags. Aufgrund der langen Planungs- und Realisierungszeiträume vergleichbarer Bauvorhaben werden Referenzen aus den letzten 5 Jahren vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung (Referenzzeitraum) berücksichtigt. Tätigkeitsbereich des Auftrags: Generalplanung für den Neubau von Gesundheitseinrichtungen zur stationären Versorgung und Umbau, die Sanierung und/oder Erweiterung von Krankenhäusern, Kliniken oder Gesundheitseinrichtungen Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. Bei Bergwerksgemeinschaften ist der Vordruck 03 für jedes Mitglied gesondert vorzulegen (zur Bewertung werden die Werte addiert). Jede Referenz ist mit Referenzkunde (namentlich bezeichneter Ansprechpartner mit Telefon / E-Mail) sowie Erbringungszeitraum und Erläuterung anzugeben. Anonymisierte Angaben sind unzulässig. Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzen beim Referenzkunden zu überprüfen. § 50 VgV bleibt unberührt. Mindestanforderungen: Zwei Referenzen, aus deren Erläuterung jeweils hervorgeht, dass folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: - Projekt aus dem Tätigkeitsbereich des Auftrags - Projektkosten (KG 300 - 600 nach DIN 276 ohne Umsatzsteuer) von mindestens 20,00 Mio. EUR - Das Unternehmen hat die HOAI-Leistungsphasen 3 - 7 (oder vergleichbar) vollständig erbracht - Die Referenz wurde innerhalb des Referenzzeitraums abgeschlossen oder befindet sich mindestens in der HOAI-Leistungsphase 8 (oder vergleichbar). 6.3.4 Maßnahmen zur Qualitätssicherung Erklärung über Maßnahmen des Bewerbers zur Gewährleistung der Qualität seiner Dienstleistung. Die Erklärung hat auf dem Vordruck 03 zu erfolgen. § 50 VgV bleibt unberührt. Mindestanforderungen: Aus der Erklärung muss hervorgehen, dass folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: - Es werden Weiterbildungsmaßnahmen der Mitarbeiter zur Qualitätssicherung durchgeführt und es ist nachvollziehbar, wie diese Maßnahmen aussehen - Es werden weitere Aktivitäten zur Qualitätssicherung durchgeführt und ist nachvollziehbar, wie diese Maßnahmen aussehen - Eine für den Auftrag hinreichende technische Büro-Ausrüstung (mit Erläuterung der eingesetzten Hard- und Software) ist verfügbar  
**Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:**  
Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

#### **5.1.11. Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch  
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 07/08/2024 23:59:00 (UTC+02:00)  
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit  
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPY1Q8Q44BH/documents>

#### **Ad-hoc-Kommunikationskanal:**

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPY1Q8Q44BH>

#### **5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe** **Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXVHYDPY1Q8Q44BH>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/08/2024 08:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 65 Tage

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Entscheidung des Auftraggebers über eine Nachforderung von Unterlagen erfolgt gemäß § 56 Abs. 2, 3, 4 der Vergabeverordnung (VgV): § 56 VgV (2) Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber oder Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festzulegen, dass er keine Unterlagen nachfordern wird. (3) Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen. (4) Die Unterlagen sind vom Bewerber oder Bieter nach Aufforderung durch den öffentlichen Auftraggeber innerhalb einer von diesem festzulegenden angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen.

**Auftragsbedingungen:**

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Ausführung des Vertrags setzt voraus, dass der Auftragnehmer eine Versicherung nach Maßgabe der Eignungskriterien abgeschlossen hat und den Versicherungsschutz für die gesamte Laufzeit des Vertrags zuzüglich Gewährleistungsphasen aufrechterhalten wird.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

**5.1.15. Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

Kein dynamisches Beschaffungssystem

**5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 134 Informations- und Wartepflicht (1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter,

deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. (2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. (3) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lautereren Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte. § 135 Unwirksamkeit (1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber 1. gegen § 134 verstoßen hat oder 2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist. (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn 1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist, 2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und 3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde. Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen. § 160 Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH

Beschaffungsdienstleister: Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

## 8. Organisationen

---

### 8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH

Registrierungsnummer: Amtsgericht Gießen HRB 6384

Postanschrift: Rudolf-Buchheim-Straße 8

Stadt: Gießen

Postleitzahl: 35392

Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Projektbüro 23+

E-Mail: [a.schoenleiter@asklepios.com](mailto:a.schoenleiter@asklepios.com)

Telefon: +49 6421 5860

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffer

### 8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: Amtsgericht München HRB 243665

Postanschrift: Cecilienallee 6

Stadt: Düsseldorf

Postleitzahl: 40474

Land, Gliederung (NUTS): Düsseldorf, Kreisfreie Stadt (DEA11)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Rechtsanwalt Freiheit

E-Mail: [Timm.Freiheit@bakertilly.de](mailto:Timm.Freiheit@bakertilly.de)

Telefon: +49 15127060561

**Rollen dieser Organisation:**

Beschaffungsdienstleister

### 8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Baker Tilly Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Registrierungsnummer: Amtsgericht München HRB 243665

Postanschrift: Cecilienallee 6  
Stadt: Düsseldorf  
Postleitzahl: 40474  
Land, Gliederung (NUTS): Düsseldorf, Kreisfreie Stadt (DEA11)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: Rechtsanwalt Freiheit  
E-Mail: [Timm.Freiheit@bakertilly.de](mailto:Timm.Freiheit@bakertilly.de)  
Telefon: +49 15127060561

**Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

**8.1. ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt  
Registrierungsnummer: Telefonnummer der Geschäftsstelle 06151 12-6603  
Postanschrift: Luisenplatz 2  
Stadt: Darmstadt  
Postleitzahl: 64283  
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vergabekammer@rpda.hessen.de](mailto:vergabekammer@rpda.hessen.de)  
Telefon: +49 6151126603  
Fax: +49 611327648534

**Rollen dieser Organisation:**

Überprüfungsstelle

**8.1. ORG-0005**

Offizielle Bezeichnung: Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH  
Registrierungsnummer: Amtsgericht Gießen HRB 6384  
Postanschrift: Rudolf-Buchheim-Straße 8  
Stadt: Gießen  
Postleitzahl: 35392  
Land, Gliederung (NUTS): Gießen, Landkreis (DE721)  
Land: Deutschland  
Kontaktperson: Projektbüro 23+  
E-Mail: [a.schoenleiter@asklepios.com](mailto:a.schoenleiter@asklepios.com)  
Telefon: +49 6421 5860

**Rollen dieser Organisation:**

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

**8.1. ORG-0006**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)  
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83  
Stadt: Bonn  
Postleitzahl: 53119  
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)  
Land: Deutschland  
E-Mail: [noreply.esender\\_hub@bescha.bund.de](mailto:noreply.esender_hub@bescha.bund.de)  
Telefon: +49228996100

**Rollen dieser Organisation:**

## 10. Änderung

---

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

e0ef7f44-1606-4706-8ead-7ff0010bc1ce-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Aufgrund technischer Fehler wurde in der EU-Bekanntmachung in den Eignungskriterien vereinzelt ein "?" anstelle eines "Größer-Gleich"-Zeichens angezeigt.

### 10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Das Zeichen wurde vorsorglich durch das Wort "mindestens" ersetzt.

## Informationen zur Bekanntmachung

---

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d6a63f64-78b3-42a9-8f31-e6c394b38b6a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/07/2024 21:09:05 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 429149-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 138/2024

Datum der Veröffentlichung: 17/07/2024